



Verbotene Liebe

In gut einem Drittel der Staaten der Welt wird Homosexualität strafrechtlich verfolgt, in einigen droht die Todesstrafe. Doch auch in Ländern, in denen Homosexualität nicht offiziell verboten ist, finden sich LGBTIQ*s staatlicher und gesellschaftlicher Repression ausgesetzt und müssen um ihr Leben fürchten.
Von Pit Kühnöl.

Homosexualität ist in 72 Staaten der Welt illegal und wird dort strafrechtlich verfolgt. In 13 Staaten droht Menschen, vor allem schwulen Männern, die bei homosexuellen Handlungen beobachtet werden, als Höchststrafe sogar die Todesstrafe – das ist in Iran, Saudi-Arabien, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Pakistan, Afghanistan, Mauretanien, Jemen und im Sudan der Fall. Ebenso in Teilen Iraks, Somalias und Syriens sowie im islamistisch geprägten Norden Nigerias. In den anderen Ländern reicht die Spanne der Strafen vom Mindestmaß niedriger Geldbußen bis hin zu lebenslanger Haft. Nicht in jedem Land, in dem Homosexualität unter Strafe steht, wird sie auch konsequent verfolgt, die Praxis unterscheidet sich da jeweils sehr. So sind im Iran homosexuelle Männer, die an Baukränen gehängt werden genauso an der Tagesordnung wie Frauen, die wegen öffentlichen Singens ausgepeitscht werden. In einigen afrikanischen Ländern, wie zum Beispiel Kenia, werden verhaftete Homosexuelle meist gegen eine Bestechung wieder freigelassen.

In Syrien stieß die Terrormiliz des sogenannten Islamischen Staats Homosexuelle von Dächern. Im Irak droht ihnen Gefängnis, Folter und Tod, in Saudi-Arabien die Todesstrafe. In Pakistan werden Transgen-

In den Ländern, in denen Homosexualität illegal ist, findet man neben der juristischen Verfolgung aber auch eine starke gesellschaftliche Ächtung Homo- und Transsexueller. Und nicht nur dort. Sie werden als widernatürlich angesehen und vor allem als im Widerspruch zur Religion stehend – dabei spielt es kaum eine Rolle, ob diese Länder und Gesellschaften christlich oder muslimisch geprägt sind. Eine stark durch religiöse Mythen bestimmte Moralvorstellung reicht schon aus. Die Homophobie verbindet die Religionen. In ihrer Ablehnung anderen als den in ihren heiligen Büchern propagierten Lebensentwürfen gegenüber gleichen sich religiöse Fundamentalisten. Sie wollen ihre Herrschaft über das Individuum über dessen Sexualität manifestieren, über das absolut Private. Darum propagieren sie Lustfeindlichkeit, darum erlauben sie Frauen keine selbstbestimmte Sexualität, ja kein selbstbestimmtes Leben, darum wollen sie bestimmen, wer wen lieben darf und wer wen nicht. Darum verfolgen sie Homosexualität. Einige Beispiele.

Vom Iran nach Marokko

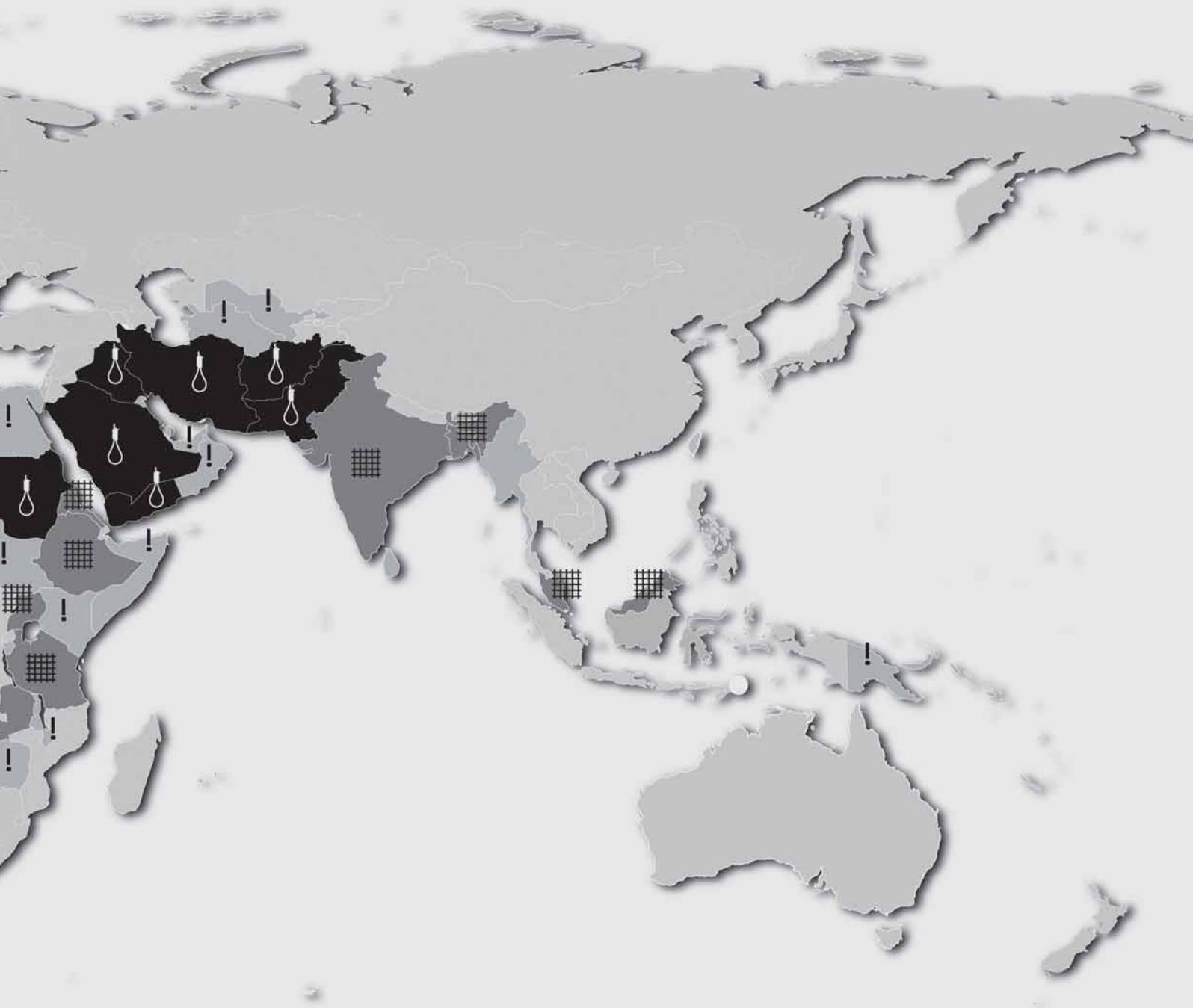
Das durch eine besonders radikale Auslegung des schiitischen Islam geprägte iranische Mullah-Regime unterdrückt nicht nur Frauen, sondern der Iran ist

Starke gesellschaftliche Ächtung Homo- und Transsexueller

der vergewaltigt und zu niederen Diensten gezwungen. In Ägypten werden Schwule immer öfter wegen angeblichem „sittenwidrigen Verhaltens“ eingesperrt, wozu bereits das Schwingen einer Regenbogenflagge gehört. In Indonesien wächst die Zahl derer, die Homosexualität mit Gefängnis und Auspeitschen bestrafen wollen.

auch eines der Länder, in denen Homosexualität am rigorosesten und brutalsten verfolgt wird. Nicht nur bei Männern, sondern auch bei Frauen; nicht nur von staatlicher Seite, sondern auch aus der Gesellschaft heraus. Nach Ansicht des Regimes sei Homosexualität aus dem Westen und aus Israel importiert und gefährde die öffentliche Ordnung.





Dass es niemanden etwas angeht, was erwachsene Menschen im gegenseitigen Einverständnis miteinander treiben, ist noch nicht überall auf der Welt angekommen. Insgesamt 72 Staaten haben Gesetze gegen Homosexualität, in 13 Ländern droht sogar die Todesstrafe, praktiziert wird sie in acht davon (Galgensymbol). In den anderen Ländern reicht die Spanne der Strafen von Geldstrafen bis hin zu Zwangsarbeit und Haftstrafen (Ausrufezeichensymbol), in einigen sogar bis zu lebenslanger Haft (Gittersymbol) (Quelle: ilga.org)

Gleichgeschlechtliches Begehren wird als Krankheit eingestuft – Homosexuelle seien im falschen Körper geboren – und den vermeintlich Kranken wird zu einer Operation geraten. Vollziehen sie die zum Teil staatlich bezahlten Operationen, gilt ihr Begehren wieder als rechtmäßig und gottgefällig, weil es ja nun gegengeschlechtlich ist. So kommt es zu der absurden Situation, dass Transsexualität im Iran eben in gewissen Maßen akzeptiert ist und der Iran eines der Länder mit den meisten geschlechtsangleichenden Operationen ist.

Anderen, die sich aus nachvollziehbaren Gründen keiner Operation unterziehen lassen wollen, werden Psychopharmaka zwangsverschrieben, um ihre angebliche Krankheit zu heilen. Menschen, deren Homosexualität bekannt wird, die sich aber keiner dieser unmenschlichen und gefährlichen „Heilungen“ unterziehen wollen, werden zu Haftstrafen und Peitschenhieben verurteilt – oder eben sogar zum Tode. Von ihren Familien dürfen sie in den meisten Fällen keine Hilfe erwarten, denn bis in die gut gebildete Mittelschicht hinein wird Homosexualität als

Menschen, die „unanständigen oder unnatürlichen Geschlechtsverkehr mit einer Person des gleichen Geschlechts“ betreiben, drohen laut Gesetz Haftstrafen bis zu drei Jahren sowie Geldstrafen. In der großen Mehrheit der Gesellschaft wird aus religiöser Überzeugung heraus Homosexualität als widernatürlich und sündhaft verstanden. So schrieb das *Migazin* bereits 2016, dass die Marokkaner*innen glaubten, dass bei „Homosexualität oder eben Transsexualität, nicht nur den Menschen solcher Neigung die Strafe Gottes droht. Sondern ihren Familien, Heimatdörfern und Städten ganz generell“. Regelmäßig finden brutale und lynchjustizartige Übergriffe auf Homosexuelle statt, regelmäßig werden LGBTIQ*s bereits als Kinder oder Jugendliche von Familienmitgliedern, Nachbarn oder Lehrern misshandelt. Doch die Polizei ermittelt kaum und Strafen gegen die Täter fallen meist sehr milde aus.

Von Nigeria bis nach Jamaika

Nigeria ist das bevölkerungsreichste Land Afrikas, der Norden ist islamistisch geprägt, der Süden christlich. Die Situation in beiden Landesteilen ist für LGBTIQ*s

87 Prozent der Nigerianer*innen halten die Verfolgung von Schwulen und Lesben für gerechtfertigt

Krankheit angesehen. So droht Schwulen und Lesben, dass sie von ihren Familien ausgestoßen oder in arrangierte Ehen gedrängt werden. Zwangsheiraten, die für lesbischen Frauen meist mit Vergewaltigungen und Misshandlungen durch ihre Ehemänner verbunden sind.

Anders als der klerikal-faschistische Iran erscheint Marokko aus europäischer Sicht oftmals nahezu liberal. Es ist ein beliebtes Reiseziel und der deutsche Bundesinnenminister Horst Seehofer versucht momentan wieder einmal Marokko, zusammen mit den beiden anderen Maghreb-Staaten Algerien und Tunesien, auf die Liste der sogenannten Sicheren Drittstaaten zu setzen, in die Abschiebungen einfacher vollzogen werden können. Doch auch wenn Homosexuellen in Marokko nicht die Todesstrafe droht, so ist ihre Situation dort alles andere als sicher. Doch auch wenn der marokkanische Staat dezente demokratische Elemente aufweist, so ist die dortige Monarchie äußerst repressiv und duldet keinerlei Abweichungen – in jeglicher Hinsicht.

äußerst prekär. Im Jahr 2014 verschärfte die Regierung trotz scharfer internationaler Proteste die Gesetze gegen Homosexualität. So werden nun für homosexuelle Handlungen Haftstrafen bis zu 14 Jahren verhängen, im islamistischen Norden, in dem für Muslime die Scharia gilt, droht sogar die Todesstrafe. Laut Menschenrechtsorganisationen wird mutmaßlichen Homosexuellen zusätzlich oftmals Prostitution vorgeworfen, auch wenn es dafür keinerlei Beweise gibt. Unterstützt wird die Verfolgung sexueller Minderheiten von einer großen Mehrheit der nigerianischen Bevölkerung. Laut dem Internetportal *Queer.de* gaben 87 Prozent der Nigerianer*innen in einer Umfrage an, dass sie die Verfolgung von Schwulen und Lesben für gerechtfertigt halten. Auch von der katholischen Kirche Nigerias wird die Regierung dafür gelobt, dass sie härter gegen sexuelle Minderheiten vorgeht.

Lebensbedrohlich ist die Situation für LGBTIQ*s auch im christlich geprägten Jamaika. Das westliche Bild von friedfertigen kiffenden Rastafaris und entspannter Reggae-Musik täuscht. Sex zwischen Männer wird auf

der Karibikinsel mit bis zu zehn Jahren Haft oder Zwangsarbeit bestraft – doch das ist fast noch die geringste Gefahr. Regelmäßig werden schwule Männer angegriffen, zusätzlich angestachelt durch Reggae- und Dancehall-Artists, die in ihren Liedern relativ unverblümt zum Mord an Homosexuellen aufrufen und dazu, Schwule zu verbrennen. Weder in der Politik noch in der Bevölkerung besteht das Interesse, die Situation für LGBTIQ*s zu verbessern, da deren Lebenswandel als unvereinbar mit christlichen Grundwerten angesehen wird.

Durch Osteuropa und Russland

Auch in stark religiös geprägten Ländern, in denen keine staatliche Verfolgung stattfindet, sind Homo- und Transsexuelle oftmals mit dem Unverständnis der Bevölkerung und mit gewalttätigen Übergriffen konfrontiert. Dafür reicht es, den Blick auf europäische Nachbarn zu werfen. So finden in Ungarn, Polen, Albanien, Litauen, Kroatien oder Serbien nicht nur jedes Mal Proteste besorgter Christen und Eltern gegen CSD-Umzüge und Pride-Paraden statt, es greifen auch regelmäßig Rechtsextremist*innen und christlichen Fundamentalist*innen diese Paraden an und verletzen die Teilnehmer*innen. Ebenso müssen Homosexuelle im Alltag ständig mit tätlichen Angriffen rechnen.

Allerdings ist es aber auch falsch, den Bevölkerungen dieser Länder insgesamt Homophobie zu unterstellen. Wie in vielen politischen Angelegenheiten gibt es dort zwei widerstrebende Tendenzen, eine progressive und eine reaktionäre. Gerade in Polen wuchs die Akzeptanz von LGBTIQ*s vor allem in den Großstädten wie Danzig, Breslau oder Warschau lange Zeit an, erst die extrem rechte Regierung der PiS-Partei mit ihrer christlich-konservativen Politik gab den homophoben Kräften Auftrieb. Wie Agata Chaber, Präsidentin der KPH (einer Non Profit Organisation für die Rechte von Schwulen und Lesben in Polen) in einem Gespräch mit der *Huffington Post* feststellte, sind die LGBTIQ*-feindlichen Akteure „zumeist heterosexuelle, weiße Männer mit Verbindungen zur rechten Szene“. Doch die PiS-Regierung tut alles dafür, dass diese Akteure erstarken.

Auch in Russland ist Homosexualität nicht offiziell verboten, seit 1993 ist gleichgeschlechtlicher Sex legalisiert, aber sie ist gesellschaftlich tabuisiert und nicht akzeptiert – zudem besteht seit 2013 ein Gesetz gegen sogenannte „Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen gegenüber Minderjährigen“, das jede positive Äußerung über Homosexu-

alität in der Öffentlichkeit unter Strafe stellt. Schließlich würden ja sämtliche Kinder augenblicklich ver-schwulen, wenn sie erführen, dass es noch andere Lebensentwürfe gibt außer der heterosexuellen Zweierbeziehung oder wenn sie eine Regenbogenfahne zu Gesicht bekämen. Doch das Gesetz schützt keine Kinder, sondern gefährdet LGBTIQ*-Personen. Es erschafft ein gesellschaftliches Klima, in dem Hass auf Homo- und Bi-Sexuelle, auf Transpersonen und Queers als normal, ja sogar als gewollt angesehen wird.

Seit der Verabschiedung des Gesetzes hat sich die Anzahl schwerer Gewaltverbrechen gegen LGBTIQ*s so gut wie verdoppelt, so eine Auswertung von Gerichtsakten durch das *Center for Independent Social Research*. Zu den berücksichtigten Hassverbrechen, bei denen die sexuelle Orientierung oder Identität der Opfer eine Rolle spielten, zählen neben Mord auch schwere Gewalttaten, Raub, Diebstahl und Erpressung. Betroffene, die sich an die Polizei wenden, dürfen dabei nicht auf Hilfe hoffen, sondern müssen sich noch vor Übergriffen durch Polizist*innen fürchten. Mörder von Homosexuellen kommen meist mit der absoluten Mindeststrafe davon – wenn sie überhaupt verurteilt werden. Zum Teil finden regelrechte Jagden auf Schwule statt. Gewaltbereite Schwulenhasser legen sich Accounts bei beliebten Dating-Apps wie *Grinder* oder *Gay Romeo* an und verabreden sich dann mit ihren Bekanntschaften aus den Dating-Apps, um sie zu verprügeln oder zu töten.

Bis nach Tschetschenien

Besonders bedrohlich ist die Lage für LGBTIQ*s in der islamisch geprägten, autonomen russischen Teilrepublik Tschetschenien. Im April 2017 wurden dort über hundert Männer in Geheimgefängnisse verschleppt, gefoltert und einige getötet (siehe *Hinterland #35*). Doch wie das russische *LGBT Network* auf einer Pressekonferenz anlässlich des Jahrestages in Moskau feststellen musste, zeigten die russischen Strafverfolgungsbehörden kaum Interesse an der Aufklärung der Verbrechen oder an der Nennung der Verantwortlichen. Bis heute seien keine ordentlichen Verfahren eingeleitet worden, obwohl den Behörden detaillierte Informationen vorlägen.

Schlimmer noch: Auf der Pressekonferenz berichteten das *LGBT Network* und Journalist*innen der Zeitung *Nowaja Gaset*a, die an der Aufdeckung der letztjährigen Fälle beteiligt waren, dass immer noch Geheimgefängnisse existierten. Dort würden sowohl schwule

...and girls and boys and...

Männer und lesbische Frauen, als auch Transpersonen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ohne gesetzliche Grundlage festgehalten. Die inhaftierten transsexuellen und lesbischen Frauen würden von den Sicherheitskräften geschlagen, gefoltert und sexuell missbraucht. Hilfe ist nicht zu erwarten. Auf Grund der archaischen Gesellschaftsstrukturen und der damit verbundenen familiären Kontrolle in der Teilrepublik ist es für Frauen zudem noch wesentlich schwieriger, aus der Region zu fliehen, als für Männer. Sie können sich ihrer Verfolgung kaum entziehen.

Laut dem Internetportal *Queer.de* bezeichnete Alwi Karimow, der Sprecher des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow, die Aussagen der Aktivist*innen als „Lüge“ und bestritt mit einem an Logik kaum

Mit der aktuellen Bundesregierung und einem Innenminister Seehofer wird die Situation für geflüchtete und in Deutschland schutzsuchende LGBTIQ*s nicht einfacher. Seehofer versucht nicht nur durch eine rigorose, bei Victor Orbán inspirierte Abschottungspolitik, die AfD im Kampf um Wähler*innenstimmen rechts zu überholen, er hängt auch noch in den Rollenklischees und einer Sexualmoral der 1950er Jahre fest. In den Debatten um die Ehe für alle oder der Möglichkeit, eine dritte Geschlechteroption zu wählen, besticht er wieder einmal durch CSU-typischen Populismus und christlich geprägte bayerische Ignoranz. Ausbaden müssen das die Geflüchteten und LGBTIQ*s.<

Oftmals kein Asyl in Deutschland: Ihnen wird nicht geglaubt

zu übertreffenden Argument, dass es in der Region überhaupt Schwule gebe und behauptete, dass tschetschenische Männer nur eine Orientierung hätten, denn „das beweist die Geburtsrate, die die höchste in Russland ist“. Und so wird mit Gewalt vernichtet, was nicht sein darf.

In Deutschland

Mit einem Urteil vom 7. November 2013 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) festgelegt, dass homosexuellen Asylsuchenden, denen in ihrem Herkunftsland tatsächliche Strafverfolgung droht, in den Mitgliedsstaaten der EU ein Anrecht auf Asyl haben. Doch Menschen, die wegen ihrer sexuellen Identität oder Orientierung fliehen müssen, wird oftmals kein Asyl in Deutschland gewährt. Ihnen wird nicht geglaubt, weil sie sich der indiskreten und extrem persönlichen Befragung deutscher Behörden nicht öffnen – kein Wunder, wenn man staatliche Institutionen nur als Repressionsorgane kennt und nun plötzlich Behörden Dinge wissen wollen, die man bisher sogar der eigenen Familie verheimlicht hat. Ihnen wird nicht geglaubt, weil sie in arrangierten Ehen zwangsverheiratet wurden und als Frauen daher oftmals auch Mütter sind. Ihnen wird mit der perfiden Begründung Schutz verwehrt, dass sie ihre Orientierung ja verheimlichen könnten und so vor Verfolgung sicher seien.

Pit Kühnöl
ist Politikwissenschaftler und befasst sich vorwiegend mit Nationalismus, Antisemitismus und Verschwörungstheorien.